

Bericht über die Präsidialverwaltung

Autor(en): **Rudolf, A. / Mouttet, H. / Stähli, H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1944)**

PDF erstellt am: **23.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417301>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

BERICHT

ÜBER DIE

STAATSVERWALTUNG

DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1944

Bericht über die Präsidialverwaltung

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **A. Rudolf**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat Dr. **H. Mouttet**

Vizepräsident des (Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **H. Mouttet**
Regierungsrates: (Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **H. Stähli**

Volksabstimmungen

Es fanden im Berichtsjahr statt zwei kantonale und eine eidgenössische Abstimmung.

A. Kantonale Volksabstimmungen

Am 13. Februar kam zur Abstimmung der Gesetzesentwurf über die Einigungsämter und der Antrag zu einem Volksbeschluss betreffend die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Arbeitsbeschaffung, die Bodenverbesserungen und die Milderung der Wohnungsnot. Beide Vorlagen wurden vom Bernervolk angenommen, und zwar der Gesetzesentwurf mit 27,252 gegen 6557 Stimmen und der Volksbeschluss mit 29,165 gegen 5328 Stimmen. Die annehmende Mehrheit betrug für erstere 20,695 und für letztere 23,837 Stimmen. Von insgesamt 232,395 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen zur Urne 35,603 oder 15,3 %.

Am 29. Oktober 1944 wurde das Bernervolk zur Urne gerufen zur Abstimmung über den Gesetzesentwurf über die direkten Staats- und Gemeindesteuern. Dieser Entwurf wurde ebenfalls angenommen mit 95,501 Ja gegen 17,058 Nein oder mit einem Mehr von 78,443 Stimmen. Von insgesamt 234,761 Stimmberechtigten gingen zur Urne 114,771 oder 48,9 %.

B. Eidgenössische Abstimmungen

Als einzige eidgenössische Vorlage kam zur Abstimmung der Entwurf zu einem Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb, und zwar am 29. Oktober 1944. Diese Vorlage wurde im Kanton Bern mit 74,497 gegen 37,254 Stimmen angenommen. Das Mehr für die Annahme betrug 37,243. Von 235,778 in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen 113,976 oder 48,3 % zur Urne.

Vertretung des Kantons in der Bundesversammlung

Als Ständeräte wurden für die Amtsperiode 1. Dezember 1944 bis 30. November 1945 gewählt die beiden bisherigen, Regierungsrat Dr. H. Mouttet in Bern und Rudolf Weber, Landwirt in Grasswil.

Änderungen in der bernischen Vertretung im Nationalrat sind in der Berichtsperiode keine eingetreten.

Grosser Rat

Der Grosse Rat hielt insgesamt 5 Sessionen ab mit zusammen 47 Sitzungen. Davon waren zwei ausserordentliche, nämlich eine im Februar/März und die andere im November, vorgängig der ordentlichen Winter-

session. Ausserdem wurden erstmals für ganztägige Fraktionssitzungen die Sitzungsgelder ausgerichtet. Diese ausserordentliche Massnahme wurde angeordnet, um den Fraktionen ausgiebig Gelegenheit zu geben, die wichtige Steuergesetzvorlage vorzubereiten.

Für den Rest des Verwaltungsjahres 1943/44 amtierte als Grossratspräsident Dr. Walter Egger, Chefredaktor in Bern. Für das Jahr 1944/45 wurden gewählt, als Grossratspräsident Friedrich Meyer, Lehrer in Roggwil, und als Vizepräsidenten Rudolf Weber, Landwirt, Grasswil, und Sylvain Michel, Posthalter in Courtedoux.

Von den Ratsmitgliedern traten im Laufe des Berichtsjahres zurück, Dr. Georges Wander, Neuenegg/Bern, Jakob Geyer, Burgdorf, und Woldemar Wiedmer, Oey-Diemtigen. Ferner ist infolge Todesfalles ausgeschieden Ernst Blumenstein, Niederbipp. Die Lücken wurden durch folgende Neueintritte ausgefüllt: Friedr. von Fischer, Bern, Eichenberger Fritz, Burgdorf, Josi Fritz, Wimmis, und Berger Karl, Wangenried.

Im Berichtsjahr wurden folgende wichtige Geschäfte behandelt:

1. Gesetze

Gesetz über die direkten Staats- und Gemeindesteuern (1. und 2. Beratung).

Gesetz über die Abänderung einiger Bestimmungen der Schulgesetzgebung (1. und 2. Beratung).

Gesetz über die Organisation des Kirchenwesens (1. Beratung).

2. Dekrete

Dekret über die Einigungsämter.

Dekret über die Ergänzung des Dekretes vom 25. November 1936 in bezug auf die Staats- und Gemeindebeiträge für die Bekämpfung der Tuberkulose.

Dekret betreffend den Tarif in Strafsachen.

Dekret betreffend Besoldung der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Staates Bern; Ergänzung.

Dekret über Gewährung einer zusätzlichen Teuerungszulage 1944 und von Teuerungszulagen für das Jahr 1945 an das Staatspersonal.

Dekret über die Gewährung einer zusätzlichen Teuerungszulage 1944 und von Teuerungszulagen 1945 an die Rentenbezüger der Hilfskasse.

Dekret über die Ausrichtung von Teuerungszulagen an die Lehrkräfte der Primar- und Mittelschulen für das Jahr 1945.

Dekret über die Ausrichtung einer zusätzlichen Teuerungszulage für das Jahr 1944 an die Lehrkräfte der Primar- und Mittelschulen.

Dekret über die Gewährung einer zusätzlichen Teuerungszulage 1944 und von Teuerungszulagen für das Jahr 1945 an die Rentenbezüger der Lehrerversicherungskasse.

Dekret vom 12. Mai 1936 über die öffentlichen und privaten Heil- und Pflegeanstalten, Abänderung; Schaffung einer hauptamtlichen Oberarztstelle in der Heil- und Pflegeanstalt Bellelay.

3. Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen

Aus dem Jahre 1943 waren im Berichtsjahr noch 4 Motionen hängig. Zu diesen wurden neu eingereicht 20. Von den insgesamt 24 Motionen wurden im Berichtsjahr

17 erledigt und 7 auf das nächste Geschäftsjahr vorgetragen.

Postulate wurden im Jahre 1944 eingereicht 15, wozu noch 3 aus dem Vorjahr zu behandeln waren. Von diesen 18 Eingängen konnten erledigt werden 14, bei einem steht die Antwort des Regierungsrates noch aus, und ein weiterer konnte infolge Rückzuges abgeschrieben werden. Die Behandlung von zwei weiteren Postulaten wurde auf das Jahr 1945 verschoben.

Im Berichtsjahr wurden ausserdem 24 Interpellationen und 45 Einfache Anfragen beantwortet.

4. Andere Geschäfte

Als wichtigste neben den ordentlichen (Verwaltungsbericht, Staatsrechnung, Voranschlag) seien erwähnt: Bewilligung verschiedener Kredite und Beiträge für die Förderung des Wohnungsbaues zur Milderung der Wohnungsnot; Bewilligung von Krediten für Luftschutzbauten; Grossratsbeschluss für die Bereitstellung von Mitteln für die Arbeitsbeschaffung, die Bodenverbesserungen und die Milderung der Wohnungsnot; Bewilligung eines Nachkredites für die Fertigstellung der Sustenstrasse; Bewilligung eines Kredites für Projektierungsarbeiten für den Ausbau des Hauptstrassennetzes; Bewilligung eines Kredites für die Behebung von Wasserschäden; Sanierung und Fusion der Langenthal-Huttwil-Bahn, der Huttwil-Wolhusen-Bahn und der Ramsei-Sumiswald-Huttwil-Bahn sowie Elektrifikation dieser Linien; Beiträge an verschiedene Bodenverbesserungen und Rodungen; Bewilligung eines Kredites für die Errichtung der Fischzuchtanstalt Eichholz; Bereitstellung von Mitteln für die Errichtung von Sanitätsposten; Behandlung eines Berichtes über die Weiterbehandlung des Initiativbegehrens für die Einführung einer kantonalen Alters- und Hinterbliebenenversicherung; Bernisches Volkssanatorium für chirurgische Tuberkulose in Leysin (Clinique Manufacture, Stiftung Dr. A. Rollier); Ermächtigungsbeschluss und Bericht.

Regierungsrat

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtierte als Regierungsratpräsident der Direktor des Erziehungswesens, Dr. A. Rudolf. Am 1. Juni übernahm Vizepräsident Dr. H. Mouttet, Vorsteher der Direktionen des Gemeindefwesens und der Sanität, das Präsidium, während als Vizepräsident gewählt wurde Regierungsrat H. Stähli, Direktor der Landwirtschaft und der Forsten.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 110 Sitzungen ab und behandelte 5856 Geschäfte. Auch im abgelauenen Geschäftsjahr tobte rings um das Schweizerland der Weltkrieg weiter. Dem Regierungsrat und der Verwaltung erwuchsen daraus viele ausserordentliche Aufgaben. Glücklicherweise ist es gelungen, die politische und militärische Unabhängigkeit des Landes aufrechtzuerhalten, und das Wirtschaftsleben konnte den Umständen gemäss in befriedigender Weise gestaltet werden.

Der Regierungsrat wurde besonders beansprucht durch die Weiterbehandlung des Gesetzentwurfes über die direkten Staats- und Gemeindesteuern und des Gesetzes über die Organisation des Kirchenwesens sowie durch die übrigen, vor den Grossen Rat gebrachten Vorlagen. Eine Erschwerung der Verwaltungstätigkeit brachten auch die mehr kriegsbedingten Geschäfte, wie

die Kredite zur Förderung des Wohnungsbaues, die vermehrten Rodungen zugunsten des Mehranbaues, die Vorschriften über die Holzversorgung, Kriegsfürsorgemassnahmen und die Beschränkung der Niederlassungsfreiheit wegen Wohnungsnot. Für Einzelheiten zu diesen ausserordentlichen Geschäften verweisen wir auf die Verwaltungsberichte der zuständigen Direktionen. Der Regierungsrat darf mit Genugtuung feststellen, dass beim Beginn des 6. Kriegsjahres beim Bernervolk der Wille zur Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit noch unverändert fort dauerte. Es dürfte sich rechtfertigen, der Bevölkerung und insbesondere den Soldaten auch an dieser Stelle zu danken.

Bezirksbeamte

Im Bestand der Regierungsstatthalter trat im Laufe des Jahres keine Änderung ein. Infolge seiner Wahl zum Staatsanwalt des Obergeraues ist der Gerichtspräsident von Aarwangen, Fürsprecher René Keller, zurückgetreten. Er wurde ersetzt durch Fürsprecher Ernst Briner, Kammerreiber des Obergerichtes in Bern. Ferner ist zurückgetreten der Gerichtspräsident von Delsberg, Fürsprecher Joseph Ceppi. An dessen Stelle wählten die stimmberechtigten Bürger des Amtsbezirkes Fürsprecher Charles Ceppi, bisher Kammerreiber beim Obergericht in Bern. Infolge seiner Wahl zum Obergericht ist ebenfalls der Gerichtspräsident von Konolfingen, Notar Emil Schmid, zurückgetreten. Die Ersatzwahl fällt in das nächste Berichtsjahr.

Infolge seiner Wahl zum Regierungsstatthalter-Gerichtspräsidenten im Amtsbezirk Nidau trat der Gerichtsschreiber-Betreibungsbeamte des Amtsbezirkes Büren, Dr. Albert Klopfenstein, zurück. Er wurde ersetzt durch Kurt Rihs, Fürsprecher in Langnau.

Ersatzwahlen für Mitglieder der Amtsgerichte fanden in folgenden Amtsbezirken statt:

Bern: Auf dem Weg der stillen Wahl wurden ersetzt der verstorbene August Huggler und der zurückgetretene Notar Hans Gosteli durch Hans Roos, Architekt in Bern, und Gottfried Kunz, Gemeindepräsident, Ostermündigen.

Interlaken: Zurückgetreten ist Notar Ernst Berta in Interlaken. Seine Ersatzwahl fällt in das nächste Berichtsjahr.

Konolfingen: Auf dem Weg der öffentlichen Wahl wurde der zurückgetretene Robert Riette, Notar, in Münsingen, ersetzt durch Alfred Lüthi, Mechaniker in Worb.

Laupen: Zurückgetreten ist Friedrich Klopstein, Laupen. Er wurde ersetzt durch Alfred Wyss, Konsumverwalter in Laupen, auf dem Wege der stillen Wahl.

Wangen: An Stelle des verstorbenen Ernst Übersax wurde gewählt Fritz Ingold, Landwirt in Herzogenbuchsee.

Ergänzungswahlen für Ersatzmänner der Amtsgerichte fanden statt im Amtsbezirk Aarwangen: Wahl Max Bühler, Lehrer, Rohrbach, und Hans Burri, Bankbeamter in Langenthal.

Bern: Wahl Johann Siegenthaler, Domänenverwalter, Muri.

Konolfingen: Wahl Hans Bürki, Landwirt, Richigen, und Willy Blaser, Notar, Konolfingen.

Neuenstadt: Wahl Charles Brechbühl, Metallarbeiter, Neuenstadt.

Wangen: Wahl Max Schaad, Kaufmann in Herzogenbuchsee.

Alle diese Ersatzwahlen erfolgten nach den Vorschriften des Gesetzes über die Vereinfachung von Beamtenwahlen. Bei der Neubesetzung der hauptamtlichen Stellen der Bezirksverwaltung ist neuerdings eine Zunahme, während für die Amtsrichter und Amtsgerichtsersatzmänner eine Abnahme der öffentlichen Wahlgänge zu verzeichnen ist.

Staatskanzlei

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben folgende Zahlen Aufschluss:

An die Direktionen überwiesene Eingänge	3000
Überweisungen an den Grossen Rat.	325
Ausführung von Drucksachenbestellungen für eine Verkaufssumme von	Fr. 81,887.85
Beglaubigung von Unterschriften	26,127
Im Anweisungsverkehr wurden 1515 Geschäfte erledigt mit einem Ertrag von	Fr. 142,133.10

Die Drucksachenbestellungen sind gegenüber dem Vorjahr um Fr. 16,131.40 zurückgegangen und ebenso der Ertrag im Anweisungsverkehr um Fr. 62,318.75. Dieser Rückgang im Anweisungsverkehr ist hauptsächlich zurückzuführen auf eine wesentliche Verminderung der Zahl der Einbürgerungen.

Die französische Abteilung besorgte ihrerseits 2555 Geschäfte, davon 792 des Regierungsrates und 1763 des Grossen Rates und der Direktionen sowie überdies die Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt.

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs

I. Benutzung. Das Staatsarchiv wurde von 273 Benützern mit 2200 Besuchen in Anspruch genommen. Wappenauskünfte wurden 593 mündlich, 1080 schriftlich erteilt.

II. Zuwachs. An *Aktenablieferungen* übernahm das Archiv:

1. Kantonale Baudirektion: Akten seit 1830, 711 Theken, 120 Bände.
2. Kantonale Gemeindedirektion: Akten 1922—1925, 33 Mappen.
3. Kantonale Finanzdirektion: Anweisungskontrollen 1911—1933, 44 Bände.
4. Kantonale Rekurskommission: Rekurse 1919—1923, 132 Mappen.
5. Kantonale Forstdirektion: 62 Verträge.
6. Alt Oberförster Ammon: Akten des Forstkreises Thun.
7. Eidgenössische Landestopographie: Ältere bernische Vermessungsmaterialien, 1808—1890.

Die *Bibliothek* wies einen Zuwachs von 483 Bänden, 387 Broschüren und 347 Einzelblättern auf. — Aus Arbeitsbeschaffungskrediten des Buchbindergewerbes konnten 370 Bureauschachteln, 1468 Mappen und 4050 Planrollen beschafft werden.

Eine sehr wertvolle Bereicherung bedeutet die Leihgabe der Familie von Tavel, welche dem Staatsarchiv ihr ganzes, wohlgeordnetes Familienarchiv, bestehend aus nahezu 300 Urkunden und zahlreichen Dokumentendossiers, Stammbüchern und andern Akten aus dem 14.—20. Jahrhundert zur Verwahrung anvertraute. — Weitern beachtenswerten Zuwachs erfuhr das Archiv durch die Überweisung des Worber Herrschaftsurbars von 1686, Depositum der Familie von Herrenschwand, des Konolfinger Freiheitsbriefs von 1531 aus dem Kirchengemeindearchiv von Wichtrach, beides vermittelt durch Herrn Amtsschreiber Werder, Schlosswil, und eines Satzungenbuchs der Herrschaft Utzigen, vermittelt durch Herrn Notar Gosteli in Sinneringen.

Auf Grund eines mit den Stiftungsbehörden abgeschlossenen Vertrags wurde die rechtshistorische Abteilung der F. E. Welti-Bibliothek ins Staatsarchiv übernommen.

III. Allgemeine Verwaltung, Inventare, Register.

Im letzten Viertel des Berichtsjahres errichtete die städtische Baudirektion II einen Sanitätsposten im Staatsarchiv, im Keller des Verwaltungsbaues.

Die Erschliessung der Bestände wurde durch ein neues Verzeichnis der Abteilung der auswärtigen Beziehungen gefördert, die Kartothek der Gesetze wurde ergänzt und auf den Zeitraum des 15. und 16. Jahrhunderts ausgedehnt. Neu bearbeitet wurden ferner die Abteilungen Kalender und amtliche Drucke. Das Inventar der Dokumentenbücher wurde durch ein Register ergänzt und abgeschlossen. Die Aufkartung von Zeitschriften für den Bibliothekssachkatalog wurde fortgesetzt, die Kartothekchronik aus dem Berner Taschenbuch von 1900—1933 rubriziert und eingereiht und für die Jahre 1934, 1935 und 1944 eine ähnliche Kartothek aus Zeitungen erstellt.

IV. Wissenschaftliche Arbeiten. Durch Führungen im Staatsarchiv, Vorträge im historischen Verein, Radio und an andern Orten sowie durch Veröffentlichungen, besonders in der Zeitschrift für bernische Geschichte, kam das Archivpersonal seinen wissenschaftlich-publizistischen Aufgaben nach. Als Hauptarbeit wissenschaftlicher Natur ist die Weiterbearbeitung des Registers zum 10. Band der *Fontes rerum bernensium* durch den Stellvertreter des Staatsarchivars zu nennen. Gefördert wurden ferner eine grosse Anzahl wissenschaftlicher Arbeiten, darunter 6 Dissertationen.

V. Wappenkommission. Die Arbeiten wurden fortgesetzt. Am Ende des Berichtsjahres waren die Wappen der 30 Amtsbezirke durch den Regierungsrat festgelegt und die Gemeindegewappen der Bezirke Bern, Frutigen, Laupen und Saanen durch den Regierungsrat anerkannt; der Gemeindedirektion sind die Vorschläge für die Gemeindegewappen der Bezirke Burgdorf und Konolfingen eingereicht worden. Die jurassische Subkommission hat im Berichtsjahr die Gemeindegewappen der Ämter Delémont, Moutier und Courtelary behandelt und jene für das Amt Porrentruy bereinigt. Der Stand der Arbeit ist heute folgender: Ganz erledigt 29, vorlage-reif 196, pendent 131, noch nicht behandelt 140 Gemeindegewappen von total 496.

VI. Bezirksarchive und Gemeindearchive. Im Berichtsjahr wurde die Aufbewahrung der Zivilstandsakten durch Kreisschreiben geordnet, eine erste Klassifikationsliste von Bezirksakten durch den Regierungsrat genehmigt und an Hand der an das Staatsarchiv abgelieferten Bezirksarchivalien die Probleme der Aufbewahrung weiter verfolgt.

Bearbeitet wurden im deutschen Kantonsteil die Bezirksarchive von Aarwangen, Büren, Frutigen und Niedersimmental, teilweise bearbeitet die Archive von Signau und Burgdorf, besichtigt die Archive von Oberhasli und Obersimmental. Inventare wurden erstellt für die Bezirke Aarberg, Fraubrunnen, Nidau und Konolfingen. Im Jura wurde das umfangreiche Archiv von Porrentruy bearbeitet. Durch den jurassischen Archivar wurde ferner die Ordnung und Inventarisierung des Stadtarchivs von Porrentruy weitgehend durchgeführt und die Gemeinde Perrefitte bei der Ordnung ihres Archivs beraten. Die Kosten solcher Arbeiten für Gemeindearchive fallen zu Lasten der Gemeinden.

VII. Hallwylarchiv. Der Hallwylarchivfonds betrug am 1. Januar 1944 *Fr. 11,887.10*. Er beträgt am 31. Dezember 1944 *Fr. 12,272.34*. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf *Fr. 385.24*. Angeschafft wurde in geringem Umfang aargauische Literatur.

Bern, den 31. Mai 1945.

Der Regierungspräsident:
Mouttet

Vom Regierungsrat genehmigt am 6. Juli 1945.

Test. Der Staatsschreiber: **Schneider**